

## PRESSEMITTEILUNG

Frankfurt am Main, 10. Juli 2014

### **Umfrage zeigt Nebenwirkungen der Regulierung der Anlageberatung – nur noch jedes zehnte Kreditinstitut bietet umfassende Beratung zu Aktien an**

**Die Regulierung der Anlageberatung drängt immer mehr Banken und Sparkassen aus der Anlageberatung zu Einzelaktien. Diese kritische Entwicklung belegt eine heute vom Deutschen Aktieninstitut veröffentlichte Umfrage: Mehr als jedes fünfte Kreditinstitut hat sich ganz aus der Aktienberatung verabschiedet. Bei zwei Dritteln der befragten Banken ist die Zahl der Kundengespräche zu Aktien gesunken. Lediglich bei jedem zehnten Institut hat sich die Anlageberatung zu Aktien nicht verringert.**

„Mit den Banken gehen wichtige Fürsprecher und Wissensvermittler der Aktienanlage verloren. Dies ist ein schwerer Schlag gegen die ohnehin gering ausgeprägte Aktienkultur in Deutschland“, sagte Christine Bortenlänger, geschäftsführender Vorstand des Deutschen Aktieninstituts. Besonders kleinere Banken mit einem überschaubaren Kundenstamm verabschiedeten sich aus der Aktienberatung. Aber auch viele größere Banken reagieren auf die zunehmende Regulierung und konzentrieren die Beratung zu Einzelaktien in ihren Hauptgeschäftsstellen. „Dies alles geht zu Lasten der Anleger“, warnte Bortenlänger.

Die Umfrage „Regulierung drängt Banken aus der Aktienberatung“ hat die unterschiedlichen Regulierungsvorgaben zur Anlageberatung kritisch hinterfragt. Als besonders problematisch bewerteten die Umfrageteilnehmer das Beratungsprotokoll, das bei jeder Anlageberatung erstellt werden muss. „Der große Aufwand bei der Erstellung des Protokolls wird als wesentlicher Grund genannt, warum viele Banken überhaupt keine Aktienberatung mehr anbieten“, so Bortenlänger. Kreditinstitute, die weiterhin zu Einzelaktien beraten, beklagen sich über den Zeitaufwand für die Dokumentation. So gibt fast die Hälfte der Umfrageteilnehmer an, dass die Protokollierung der Beratung das Gespräch mit Neukunden um mehr als 40 Minuten verlängert. Bei Altkunden sind es im Schnitt immerhin noch zwischen 20 und 40 Minuten. „Dies ärgert vor allem diejenigen Kunden, die eigentlich darauf verzichten möchten, aber dies nicht

können, weil der Gesetzgeber es nicht erlaubt“, stellt Bortenlänger fest. Das hält sie für nicht mit dem Bild des mündigen Verbrauchers vereinbar.

Ebenso kritisch wird von den Umfrageteilnehmern das Produktinformationsblatt gesehen, das dem Kunden bei jeder Kaufempfehlung zur Verfügung gestellt werden muss. In der Regel beziehen die Banken den sogenannten „Beipackzettel“ kostenpflichtig von Drittanbietern. Gerade für kleinere Banken lohnt dieser Aufwand nicht, auch weil die Umfrageteilnehmer den Nutzen des Informationsblatts für die Kunden als gering einschätzen. „Für die Anlageentscheidung viel wichtiger sind tagesaktuelle Informationen, die die Aktiengesellschaften ihren Anlegern ohnehin permanent zur Verfügung stellen und die im Rahmen des Aktienresearch aufbereitet werden“, erläutert Bortenlänger.

Mit dem Rückzug der Banken und Sparkassen aus dem Aktiengeschäft ist der Anteil des beratungsfreien Geschäfts deutlich gestiegen. „Damit“, so Bortenlänger, „werden die neuen Regeln zur Anlageberatung, die zu einer besseren Beratung der Kunden führen sollten, ad absurdum geführt.“

Die Ergebnisse der Studie sind alarmierend. „Niemandem ist geholfen, wenn die Bankberater in den Gesprächen mit ihren Kunden keine renditestarken Anlageprodukte wie Aktien mehr empfehlen“, betont Bortenlänger. „Aktien sind für den langfristigen Vermögensaufbau unverzichtbar. Auch die Finanzierung der deutschen Wirtschaft wird beeinträchtigt, wenn mangels Nachfrage nach Aktien Börsengänge und Kapitalerhöhungen schwieriger werden.“

Als Konsequenz aus der Umfrage fordert das Deutsche Aktieninstitut, dass erfahrene Anleger auf die Protokollierung des Beratungsgesprächs verzichten dürfen – was auch dem Wunsch vieler Kunden entspricht. Außerdem muss das Produktinformationsblatt für jede Einzelaktie wieder abgeschafft werden. Dies würde auch den neuen europäischen Vorgaben zum Beipackzettel für Finanzprodukten entsprechen. „Der Gesetzgeber sollte jetzt unbedingt gegensteuern“, fordert Bortenlänger.

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Uta-Bettina von Altenbockum

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon +49 69 92915-47

E-Mail [presse@dai.de](mailto:presse@dai.de)

*Das Deutsche Aktieninstitut arbeitet als etablierter Interessenvertreter aktiv an der Gestaltung der deutschen und europäischen Kapitalmärkte und ihrer Rahmenbedingungen mit. Es repräsentiert die am Kapitalmarkt interessierte deutsche Wirtschaft und fungiert als Geschäftsstelle der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex. Die rund 200 Mitglieder sind börsennotierte Aktiengesellschaften, Banken, Börsen, Investoren und andere wichtige Marktteilnehmer. Das Deutsche Aktieninstitut wurde 1953 gegründet und unterhält Büros in Frankfurt am Main, Brüssel und Berlin. Nähere Informationen zum Deutschen Aktieninstitut finden Sie unter [www.dai.de](http://www.dai.de).*